

Stellungnahme zur Empfehlung des EU-Parlaments an den Rat zu den Prioritäten der EU für die 70. Tagung der Kommission der Vereinten Nationen für die Rechtsstellung der Frau, angenommen am 12.02.2026

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-10-2026-0051_DE.html

Mit 340 zu 141 Stimmen hat das Europäische Parlament eine Empfehlung für die Kommission zu den EU-Prioritäten für die VN-Kommission zur Rechtsstellung der Frau angenommen, die an woken Irrsinn ihresgleichen sucht.

Pikant daran ist auch, dass **59% der 29 Unionsmitglieder** (70% CDU, 17% CSU) **für die Empfehlung gestimmt** haben.

Eingestimmt wird die LeserIn in der Präambel mit Begriffen wie „intersektionaler Ansatz“ (A), „Anti-Gender- und Anti-Demokratie-Bewegungen“ (B) bis zu „Geschlechtsidentität und Geschlechtsmerkmale“, die in einem Atemzug mit „sexuelle(r) Ausrichtung“ genannt werden (D).

Dazwischen finden sich durchaus feministische Töne wie „stärkere Beteiligung von Frauen und Mädchen im Justizbereich“ (H), „Gewalt gegen Frauen, geschlechtsspezifische Gewalt und häusliche Gewalt (stellen) Verletzungen der Grundrechte (dar)“ (I), „Belästigung am Arbeitsplatz (stellen ein Hindernis dar)“ (J), und „bewaffnete Konflikte, Vertreibung, ... (verschärfen die) Ungleichheit und (schwächen) die Schutzsysteme“ (K).

Auch in den Empfehlungen selbst geht es durchaus feministisch zu: „Gleichstellung der Geschlechter als horizontale Priorität“ (1.c)), „Zugang für Frauen und Mädchen zu Prozesskostenhilfe“ (1.k)), „Beteiligung und Führungsrolle von Frauen“ (1. m)), „sexuelle Gewalt...(ist) durch fehlende Einwilligung gekennzeichnet“ (1.w)), „Femizid...als Tötung von Frauen und Mädchen aufgrund ihres Geschlechts“ (1.z ae)).

Dagegen lassen andere Passagen darauf schließen, dass es im Zusammenhang mit der Verbesserung der Rechtsstellung der Frau vorrangig um die **Inklusion von Männern** geht:

- „...die Werte Vielfalt, Gleichstellung und **Inklusion** zu unterstützen und zu fördern“ (1. c))
- „...die Angriffe von **Anti-Gender- und Anti-Rechte-Bewegungen**, die Lügen verbreiten, die Demokratie untergraben und sich **gegen die Rechte von Frauen und LGBTIQ+-Personen richten**, aufs Schärfste zu verurteilen“ (1. c))
- „**intersektionelle Diskriminierung** (im Justizbereich)“ (1.g))
- „**geschlechtsspezifische Apartheid**...als Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ (1.h))
- „...eine nachhaltige **Finanzierung** und einen beständigen **Rechtsschutz** für **feministische und LGBTIQ+-Organisationen** sicherzustellen“ (1. q))
- „...die Umsetzung internationaler Verpflichtungen zu beschleunigen, um alle Formen von Gewalt gegen Frauen und Mädchen sowohl im öffentlichen Raum als auch im privaten Bereich weiter zu verhindern und darauf zu reagieren, einschließlich ... sogenannter **Konversionspraktiken**“ (1.t))
- „den **Zugang zu geschlechtersensiblen Diensten** in Bereich der psychischen Gesundheit für **junge Frauen und LGBTIQ+-Personen**“ (1.u))

- und am Ende: „**wie wichtig die uneingeschränkte Anerkennung von Transfrauen als Frauen ist**, und darauf hinzuweisen, dass **ihre Inklusion unerlässlich** ist, damit **Maßnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter und zur Bekämpfung von Gewalt wirksam sind**; die **Anerkennung von Transfrauen und ihren gleichberechtigten Zugang zu Schutz- und Unterstützungsdiensten zu fordern**“ (1.y))
- und schließlich: „die EU auf eine Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik einzuschwören, die **inklusiv** und **intersektional** ist und den **Bedürfnissen von Frauen und LGBTIQ+-Menschenrechtsverteidigern Vorrang einräumt**“

Diese Empfehlung ist zwar **rechtlich nicht bindend**. Sie reiht sich aber ein in eine Reihe von Initiativen auf internationaler Ebene – die LGBT-Roadmap der Europäischen Kommission 2025-2030, https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/policies/justice-and-fundamental-rights/combating-discrimination/lesbian-gay-bi-trans-and-intersex-equality/lgbtiq-equality-strategy-2026-2030_en, die Resolution der Parlamentarischen Versammlung des Europarats zur Konversionstherapie 2643/2026, <https://pace.coe.int/en/files/35883/html> und jetzt diese Empfehlung des Europäischen Parlaments an die Kommission für die VN – um letztlich Druck auf die Mitgliedsländer auszuüben, ihre nationale Gesetzgebung im Sinne der Transgenderideologie anzupassen.

Dagegen gilt es, sich zur Wehr zu setzen und die radikalfeministische Stimme zu erheben, damit die Rechte von Frauen und Mädchen nicht durch die „Inklusion“ von Männern untergraben werden!

Gunda Schumann ©
LAZ reloaded e.V.